

Gegen die Konservativen!

Konservative, mögen sie sich nun Freikonservative, deutsche Reichspartei oder sonst wie nennen, sind nicht die richtigen Volksvertreter. Unter den bisherigen 78 konservativen Abgeordneten des Reichstages waren nicht weniger als 51 Standbesitzer, Majoratsbesitzer, Fideikommissbesitzer und Rittergutsbesitzer, außerdem noch 14 aktive Staatsbeamte (auch unter den vorerwähnten 51 Standbesitzern u. waren noch 13 aktive Staatsbeamte). Kein Handwerksmeister und kein bürgerlicher Landmann saß unter den Konservativen des Reichstages. Unter den 78 Konservativen befanden sich 58 Adelige und nur 20 bürgerliche.

Mit ganz vereinzelten Ausnahmen stimmten die Konservativen stets, wie die Regierung es wünschte. Die Konservativen sind sich bewußt, daß sie ihre Wahl nicht der Ueberzeugung freier Männer, sondern in der Hauptsache nur der äußeren Beeinflussung verdanken. In diesem ihrem Abhängigkeitsbewußtsein können und dürfen die konservativen Abgeordneten eine unabhängige und selbstständige Stellung im Reichstag nicht einnehmen.

Besser daher gar keine Volksvertreter als konservative Volksvertreter!

Am eifrigsten sind die Konservativen stets dabei, neue und höhere Ausgaben zu bewilligen und zur Deckung derselben neue Steuern einzuführen. Den Wählern auf dem Lande glauben die Konservativen allerdings vorzuzählen zu können, daß sie die Sparsamkeit und die Schonung des Volksbäckels bei den Ausgabebewilligungen vertreten. In der Wahlperiode 1881/84 haben die Konservativen für alle Ausgaben gestimmt, welche die Regierung verlangte, es sei denn, daß vor der Abstimmung die Regierung selbst auf ihre Forderungen Besicht gelieft hatte. Insbesondere stimmten die Konservativen für jede Vermehrung der Beamtenstellen, für alle Mehrforderungen im Militärwesen, u. a. auch für neue Offizierskasinos, für Garnisonkirchen des Militärs, für theure Dienstwohnungen.

Die Konservativen kennen in der neuen Kolonialpolitik weder Maß noch Ziel. Ohne Rücksicht auf die Schonung der Volkswirtschaft befürworten die Konservativen die künftige Gründung von Niederlassungen, welche große Zuschüsse auf Kosten der Steuerzahler, fortgesetzte Mobilmachungen und Uebung deutscher Truppenteile nach fernem Ländern bedingten würden. Eine solche Kolonialpolitik würde zugleich durch Anregung zur Auswanderung von Menschen und Kapitalien die Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft in jeder Weise schädigen.

Die Ausgaben für Meer und Marine übersteigen jetzt die sämtlichen Einnahmen an Reichssteuern und Zöllen, insbesondere haben die laufenden Ausgaben für das Meer unter Mitwirkung der Konservativen in den letzten 10 Friedensjahren eine Steigerung von 250 Millionen auf 344 Millionen Mark erfahren. Die Konservativen haben im Jahre 1880 für die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 26000 Mann gestimmt. Die Konservativen sind gegen jede Verkürzung der Dienstzeit und gegen jede Beschränkung der Verwendung von Soldaten zu außerordentlichen Zwecken. Mit Zustimmung der Konservativen wird jetzt eine geringere Zahl von Mannschaften als früher nach dem zweiten Dienstjahr beurlaubt.

Die Konservativen wollen auch die Offizierpensionen erhöhen und die ungerechte Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere aufrecht erhalten. Während der letzte Zivilbeamte für die Versorgung der Hinterbliebenen Beiträge aus seinem Gehalte zahlen muß, stimmten die Konservativen, als der Reichstag den Subalternoffizieren eine Befreiung von diesen Beiträgen nicht zugestehen wollte, lieber gegen das ganze Gesetz zur besseren Versorgung der Hinterbliebenen von Militärpersonen.

Die Konservativen haben es bei den Reichstagsverhandlungen für natürlich erachtet, daß bei der Aufnahme in das Offizierkorps Personen mit allem abligen Namen ein Vorzug eingeräumt wird.

Indem die Konservativen zur fortgesetzten Erhöhung der Ausgaben beitragen, sind sie auch stets bereit zur Bewilligung neuer Steuern und Zölle. In den Jahren 1874 bis 1878 waren die Konservativen im Reichstage nicht sehr zahlreich und gelang es den Liberalen daher, durch Ablehnung von im ganzen 84 Millionen Mark von den Forderungen der Regierung neue Steuern fern zu halten. Nachdem aber bei den Wahlen im Jahre 1878 die Konservativen im Reichstage stärker geworden waren, folgten um so mehr Erhöhungen der Steuern und Zölle.

Die Konservativen haben im Jahre 1879 gestimmt für die Erhöhung der Tabaksteuer um 20 bis 33 Pfennig auf das Pfund. Die Konservativen stimmten 1879 für die Einführung eines Petroleumzolles mit 6 Pfennig auf das Liter, für die Einführung der Getreidezölle und deren Verdoppelung gegen den Ansat in der Regierungsvorlage, für die Einführung des Schmalzollens, der Holzölle, der Eisenölle und für die Erhöhung fast aller übrigen Zölle. Kurzum, die Konservativen haben für alle Schutzölle gestimmt, deren Einführung im Interesse des Großgrundbesitzes und des Großkapitals liegt. In Folge der Bewilligung neuer Steuern und Zölle durch die Konservativen muß das deutsche Volk gegenwärtig jährlich 129 Millionen Mark mehr an Zöllen und Tabaksteuer bezahlen als im Jahre 1879.

Durch die Reichstagswahlen 1881 und die Konservativen zurückgedrängt worden. Die Einführung des Tabakmonopols wurde 1882 im Reichstage abgelehnt; ebenso 1883 eine geforderte **Verbreiterung der Sozialölle**. Die Konservativen stimmten für diese Forderungen. Unter den 43 Abgeordneten, welche 1882 im Reichstage für die Einführung des Tabakmonopols gestimmt haben, waren 36 konservativ. Es würden damals noch mehr Konservative für die Einführung des Tabakmonopols gestimmt haben, wenn irgend eine Ansicht auf Erlangung der Mehrheit gewesen wäre.

Die Konservativen haben sich auch stets für die Erhöhung der Brausteuer ausgesprochen, desgleichen für eine Schant-gewerbesteuer. Nur in einem Punkte sind die Konservativen in Betreff der Steuererhöhung zurückhaltend; von einer Erhöhung der Brandweinsteuer wollen sie im Interesse von 1800 großen Karstoffbrennereien in den östlichen Provinzen möglichst wenig wissen. Ebenso unterlassen es die Konservativen, auf eine Verabfolgung der Ausfuhrvergütung bei der Zuckersteuer zu drängen, wodurch jetzt über 15 Millionen Mark den Steuerzahlern zum Vortheil einer Anzahl größerer Zuckerfabriken entzogen werden.

In wirtschaftlichen Fragen stimmten die Konservativen im Reichstage für Alles, was die kleinen Leute und die Arbeiter einschränkt und von den Arbeitgebern und den Behörden abhängiger macht. So beantragten und stimmten die Konservativen 1883 für die **obligatorische Einführung der Arbeitsbücher**, wodurch die Arbeiter ähnlich wie das Gefolge unter eine Art von Polizeiaufsicht gestellt worden wären. Die Konservativen stimmten für die **Verlesung des Vorrechts an Zinnscheinreißer**, allein Lehrlinge hatten zu dürfen, wodurch ebenso alle Richtungsmeister wie die Ausbildung des Handwerks im ganzen benach-

theilt worden wäre. Die Konservativen stimmten für die **Gewerbenovelle von 1883** und die darin enthaltenen Polizeibefchränkungen der Wirth in Bezug auf öffentliche Lustbarkeiten. Desgleichen ist die Ertheilung der Legitimationsheime für Handelsreisende durch diese Gewerbeordnungs-Novelle erh6hert und der Polizei in Bezug auf Konzeptionsverleihung und Entziehung ein gr66erer Spielraum gegeben worden. Noch weitergehende Polizeibefchränkungen wurden von den Konservativen bef6hrt, erlangten aber nicht die Mehrheit des Reichstages.

Ganz besonders r6hmten sich die Konservativen ihrer Zustimmung zu den **sozialpolitischen Gesetzen** und berufen sich dieserhalb auf die kaiserliche Vorsticht vom 17. November 1881. Die Konservativen verschwiegen dabei aber, da6 in dieser Vorsticht auch die Einf6hrung des Tabakmonopols empfohlen wird. Die kaiserliche Vorsticht empfiehlt im 6brigen nur im allgemeinen die F6rderung der arbeitenden Klassen, nicht aber den besondern Inhalt der sp6ter vorgelegten Gesetzesentw6rfe. Die Konservativen stimmten f6r das neue Krankenversicherungs-Gesetz, obgleich dasselbe durch die allgemeine Einf6hrung des Versicherungszwanges f6r alle gewerblichen Arbeiter die Entwidlung des freien Hilfskassenwesens zu n6tzlich geeignet ist. Die Konservativen stimmten f6r das Unfallversicherungs-Gesetz, obwohl dasselbe die Kosten f6r die ersten 13 Wochen der durch Unf6lle im Betriebe verursachten Krankheit statt den Arbeitgebern auf den Arbeitnehmern auferlegt, den Arbeitgebern auf Kosten der Steuerzahler Unterst6tzung aus Reichsmitteln gew6hrt und zum Schaden der Arbeiter die freien Versicherungsanstalten von der Konkurrenz bei der Unfallversicherung g6nzlich aussch6lt. Die Konservativen haben dagegen gestimmt, den Arbeitern in Form von Arbeitervereinigungen eine selbstst6ndige Vertretung zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei der Unfallversicherung zu gew6hren.

Die Konservativen heissen jede Einf6hrung der Volksrechte willkommen. Sie nennen dies St6rkung der Machtst6lle des K6nigthums. Die Konservativen stimmten deshalb auch dem Vorsticht der Regierung zu, da6 die Volksvertretung nur alle zwei Jahre berufen zu werden braucht und nur von zwei zu zwei Jahren Geldbewilligungen eintreten zu lassen hat. Die Konservativen wollten 1879 auch die Redefreiheit beschr6nken. Als Minister v. Puttkamer am 5. Dezember 1883 im preussischen Abgeordnetenhaus die Beseitigung des geheimen Wahlrechtes bei den Reichstagswahlen als im Programm der Regierung liegend erkl6rte, nahmen die Konservativen diese Erkl6rung mit st6rmischem Beifall auf. Insbesondere trat der F6hrer der Konservativen, Abgeordneter v. Rauchhaupt, gegen das geheime Wahlrecht auf. Erst sp6ter, als die Konservativen den ungunstigen Eindruck dieses ihres Verhaltens im Volke merkten, erkl6rten sie, f6r jetzt das geheime Wahlrecht nicht antaaten zu wollen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus sind die Konservativen zwar zahlreicher als im Reichstage, aber nicht besser. Die Konservativen stimmten dort f6r eine neue Jagdordnung, welche die landwirthschaftlichen Interessen noch mehr sch6digen w6rde als die geltende Jagdordnung. Insbesondere verhinderten die Konservativen neue Bestimmungen zur Eingatterung des Hochwildes und zum Schutz der Landwirthschaft gegen Wildsch6den. Dagegen stimmten die Konservativen f6r die Erh6hung der Jagdschein-Geb6hr, f6r Aufhebung der Selbstst6ndigkeit der Gemeinden in Jagdbezirken unter 300 Morgen, f6r Beschr6nkung der Sonntagsschuss u. s. w. Die Konservativen wollen auch m6glichst das b6uerliche Erbrecht beschr6nken zu Gunsten der Erbgeborenen, wodurch die Zahl der Besitzlosen vermehrt und Zwietracht in die b6uerlichen Familien getragen werden w6rde. Die Konservativen suchen die Schulen und die Lehrer m6glichst unter die Alleinherren orthodoxyer Pastoren zu bringen. W6hrend die Konservativen f6r Milit6r und Diplomaten nicht genug Geld bewilligen k6nnen, sind sie in allem, was die Selbstst6ndigkeit der Schulen und Lehrer angeht, so sparfam und knauserig wie m6glich.

Wer daher die Volkswohlthat und die Volksrechte sch6tzen, die Steuerzahler vor wachsenden Lasten, das Volk gegen eine fortgesetzte Steigerung der Milit6rlast, den Privatwerb vor neuen Beschr6nkungen bewahrt wissen will, w6hle nicht konservativ sondern

deutsch-freisinnig.

Der Vermehrung der freisinnigen Abgeordneten durch die letzten Reichstagswahlen ist es zu danken, da6 seit 1881 eine weitere Steigerung der Steuerlast und der Milit6rlast des Landes nicht stattgefunden hat. **Die freisinnige Partei giebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, aber sie w6hrt auch dem Volke, was des Volkes ist.** Die freisinnige Partei, welche in ihren Reihen Mitglieder aller Berufsclassen, auch b6uerliche Landwirthe und Handwerksmeister z6hlt, vertritt keine St6ndesrechte und keinerlei Sonderinteressen. Die freisinnigen Abgeordneten sind die getreuen Anw6lter auch des kleinen Mannes; sie wollen seine Freiheiten und Rechte bewahren auch dort, wo die Gro6en und M6chtigen dieselben anzutasten streben.

In Treue gegen den Kaiser und auf dem verfassungsm66igen Boden des Bundesstaates erstrebt die freisinnige Partei die Befestigung der nationalen Einigkeit Deutschlands und ein wahrhaft konstitutionelles Verfassungsleben in gesichertem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung als eine wesentliche B6rgschaft f6r die Freiheit und Wohlthat des deutschen Volkes.

Auf denn in den Wahlkampf f6r Kaiser und Reich!

W6hlt deutsch-freisinnig!